

»Besonders gravierend«

»Die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den Arbeitsmarkt sind für Menschen mit Behinderung besonders gravierend.« Erklärte die Aktion Mensch, als sie Anfang Dezember ihr neues »Inklusionsbarometer Arbeit« vorstellte. Im Oktober 2020 habe hierzulande die Anzahl der erwerbslosen Menschen mit Schwerbehinderung um rund 13 Prozent höher gelegen als im Vorjahresmonat. »Damit sind derzeit 173.709 Menschen mit Behinderung ohne Arbeit – der höchste Wert seit 2016«,

bilanzierte die Aktion Mensch. Die Studie ist vom Handelsblatt Research Institut (HRI) im Auftrag der Aktion Mensch erstellt worden. Professor Bert Rürup, Präsident des HRI, zog eine alarmierende Bilanz: »Die rasant negative Entwicklung in diesem Jahr macht in kürzester Zeit die Erfolge der letzten vier Jahre zunichte. Allein von März bis April erhöhte sich die Zahl arbeitsloser Menschen mit Schwerbehinderung um mehr als 10.000.«

Die Inklusionsbarometer-Studie (35 Seiten) steht im Internet: www.aktion-mensch.de/inklusion/arbeit/zahlen-daten-fakten.html

Verschärfte Ungleichheit

»Corona-Krise verschärft Ungleichheit zwischen hohen und niedrigen Einkommen, auch Mitte droht zurückzufallen«. Das ist die zentrale Aussage des »Verteilungsbericht 2020«, den das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung veröffentlicht hat. In einer Pressemitteilung vom 19. November erläutert das WSI: »Erwerbspersonen mit schon vorher niedrigen Einkommen sind im bisherigen Verlauf der Corona-Krise fast doppelt so häufig von Einbußen betroffen wie Menschen mit hohen Einkommen – und sie haben zudem relativ am stärksten an Einkommen verloren. Damit verschärft sich ein Trend, der auch die wirtschaftlich starken 2010er-Jahre gekennzeichnet hat: Die 20 Prozent der Haushalte mit den geringsten Einkünften blieben von einer insgesamt recht positiven Einkommensentwicklung weitgehend abgekoppelt.« Die ungleiche Entwicklung könne »die Identifikation erheblicher Teile der Bevölkerung mit der Demokratie in Deutschland schädigen«, warnt Bettina Kohlrausch, Soziologin, wissenschaftliche Direktorin des WSI und Mitverfasserin des Verteilungsberichtes. Ihr Ko-Autor, der Soziologe Andreas Hövermann ergänzt: »Wir sehen in unserer Forschung deutlich: Menschen, die durch Einkommensverluste belastet sind, beurteilen die politische und soziale Situation im Land deutlich kritischer. Und sie zeigen sich im Durchschnitt sogar empfänglicher für Verschwörungsmythen zur Pandemie.« Der WSI-Verteilungsbericht (24 Seiten), an dem auch die Ökonomin Aline Zucco mitgeschrieben hat, ist online: https://www.boeckler.de/pdf/p_wsi_report_62_2020.pdf

Aufruf zu Besonnenheit und Transparenz

Die Ärzte-Initiative MEZIS beleuchtet seit Jahren Einflussnahmen und Interessenkonflikte in der Medizin. Am 10. Dezember veröffentlichte sie einen Aufruf, der »Besonnenheit, Sorgfalt und Transparenz auch in Pandemiezeiten« anmahnt. Wir dokumentieren den Appell, adressiert vor allem an ÄrztInnen sowie EntscheidungsträgerInnen in Politik und Behörden:

»MEZIS mahnt die Bundesregierung zu einer kontinuierlichen, sorgfältigen Beurteilung und Abwägung des Nutzens, der Risiken und Kosten über den gesamten Prozess der geplanten massenhaften Impfung mit einem neuartigen Impfstoff. Die Skandale um die Pandemrix-Impfung und Tamiflu gegen Schweinegrippe, die alle unter Pandemie-Druck breit eingesetzt wurden und letztlich entweder unwirksam waren (Tamiflu) oder schwerwiegende Nebenwirkungen verursachten (Pandemrix), sollten Anlass geben, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen. Wir fordern die Verantwortlichen dazu auf, für ein Klima zu sorgen, in dem jeder und jedem Einzelnen eine fundierte und objektive Entscheidung für oder gegen eine Impfung ermöglicht wird – unter Abwägung der Interessen der und des Einzelnen und der Gesellschaft. Eine »Impfpflicht durch die Hintertür« (z.B. bei Reisenden oder medizinischem Personal) muss durch die Bundesregierung ausgeschlossen werden.

MEZIS erwartet, dass die Europäische Arzneimittelagentur (EMA) und das Paul-Ehrlich-Institut (PEI) trotz des immensen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Drucks, der bezüglich der Impfung herrscht, ihrer großen Verantwortung als Zulassungsbehörden gerecht werden und der Arzneimittelsicherheit auch bei der Eindämmung der COVID-19-Pandemie oberste Priorität einräumen.

Wir begrüßen die geforderte kontinuierliche und sehr kritische Überwachung der Impfstoffanwendung, die unter den gegebenen Umständen einen wichtigen Bestandteil des sonst langwierigen und umfassenden Studienverlaufs vor Zulassung ersetzen muss und wird. Diese Aufgabe sollte nach unserer Auffassung das für diesen

Zweck geschaffene, neutrale Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen (IQWiG) übernehmen, das auch den Bürgerinnen und Bürgern evidenzbasierte, ausgewogene und industrie-unabhängige Informationen zur Impfung bereitstellen kann.

Wir fordern, wie das IQWiG in seiner Stellungnahme vom 14.5.2020, die mit der Impfstoffentwicklung beauftragte pharmazeutische Industrie zur uneingeschränkten Transparenz auf und erwarten, dass allen zuständigen Behörden und Gremien umfassende und unverzügliche Einsicht in alle Studiendaten gewährt wird, damit eine fundierte Empfehlung zum Einsatz des Impfstoffs, zu Risiken und Kontraindikationen erarbeitet werden kann. Fehler durch mangelnde Transparenz in den Zulassungsstudien, wie bereits aus Brasilien publiziert, dürfen sich nicht wiederholen!

Unsere ärztlichen Kolleginnen und Kollegen und das medizinische Fachpersonal in den Kliniken, Praxen und Impfzentren, die mit den Impfungen beauftragt werden, fordern wir dazu auf, ihre Patientinnen und Patienten angesichts der noch vielen offenen Fragen sorgfältig aufzuklären und gewissenhaft Nebenwirkungen zu erfassen und den zuständigen Stellen zu melden. Hierzu müssen sowohl ausreichend Zeit als auch evidenzbasiertes, industrie-unabhängiges Informationsmaterial vorhanden sein.

Das Vertrauen der Bevölkerung in das an sich wirkungsvolle Mittel der Impfung darf nicht leichtfertig durch Intransparenz und Profitstreben verspielt werden. Der Grundsatz ärztlichen Handelns »Primum non nocere – erstens nicht schaden« muss insbesondere bei dieser in vielen Teilaspekten noch nicht abschätzbaren Impfung beachtet werden.«